



Das Motiv des Hinweisschildes St. Georgen auf der A 81 bei den Ausfahrten Deißlingen und Trossingen. Eine Tafel kostete 15.685 Euro. Es gibt zwei davon. BILD: SK

„Misstand wird verwaltet“

VON STEFAN LANGE
UND ALEXANDER MICHEL

Berlin – In Deutschland gilt zwar – als einzigem Land in Europa – kein generelles Tempolimit auf Autobahnen. Oft aber werden die Autofahrer durch andere Umstände ausgebremst. Dazu zählt der Zustand der Fahrbahnoberfläche, die vielfach geflickt ist. Das hat die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht, die für das von ihr gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) im Bundestag sitzt, dazu veranlasst, dem Bundesverkehrsministerium eine parlamentarische Anfrage zu stellen. Das meldet eine schadhafte Gesamtstrecke von 524 Kilometern.

Allerdings hält sich der Wert der Information für Wagenknecht in Grenzen. Denn das Ministerium kann derzeit nicht sagen, ob sich die Strecke der maroden Autobahnen verringert oder verlängert hat. Wie es heißt, befindet sich die Datenbank über die Geschwindigkeitsbeschränkungen noch im Aufbau.

Wagenknecht interpretierte die Zahl dennoch: „Früher gab es keine Tempolimits wegen Schäden, sondern in der Regel zügige Instandsetzungen“, sagte die BSW-Chefin unserer Redaktion. Von der Ampel-Koalition werde vor allem der Misstand verwaltet. „Der schlechte Zustand unserer Infrastruktur ist unseres Landes unwürdig und ein weiterer Hemmschuh für wirtschaftliches Wachstum“, erklärte Wagenknecht und ergänzte: „Deutschlands Autofahrer dürfen sich mit Recht fragen, was Bundesverkehrsminister Wissing eigentlich beruflich macht.“

Auch St. Georgen auf der Liste

Parallel dazu fragte das BSW nach den zehn teuersten „touristischen Unternehmungstafeln“, die an den Autobahnen zu finden und von den Kommunen zu bezahlen sind. Der Regierung zufolge liegt derzeit der Hinweis auf den „Zechenpark Friedrich Heinrich“ der Stadt Kamp-Lintfort vorn. Er kostete 36.596 Euro. Die Stadt Illertissen und ihr „Vöhlenschloss“ kamen mit 35.521 Euro nur wenig billiger.

Platz zehn geht in den Schwarzwald: Das Schild „St. Georgen – Heimat der Phonindustrie“ schlug mit ebenfalls noch klangvollen 15.685 Euro zu Buche. „Dass die Autobahn GmbH des Bundes für die Aufstellung von touristischen Hinweisschildern hohe fünfstelligen Beträge einfordert, passt zu einem Staat, der wenig für Bürger und Kommunen tut, aber für Unsinniges immer genug Geld zur Verfügung hat“, kommentierte Wagenknecht.

Braucht man die Tourismus-Tafeln?
www.sk.de/umfrage

DEUTSCHLAND

GRÜNE JUGEND

Nietzard und Blasel neue Vorsitzende

Die Grüne Jugend hat Jette Nietzard und Jakob Blasel zu ihren neuen Vorsitzenden gewählt. Auf dem Bundeskongress in Leipzig erhielt die 25-jährige Kinderrechtsaktivistin Nietzard am Samstag 84,5 Prozent der Stimmen, der 24-jährige Fridays-for-Future-Mitbegründer Blasel 74,6 Prozent. Der bisherige Vorstand war aus Protest gegen den Kurs der Grünen zurückgetreten und hatte sich von der Partei abgewandt. (AFP)

STOLPERSTEINE

50.000 Euro nach Diebstahl gespendet

Nach dem Diebstahl von zehn Stolpersteinen in Zeit in Sachsen-Anhalt sind rund 50.000 Euro an Spenden zur Wiederherstellung der Gedenkzeichen für Opfer des Nationalsozialismus zusammengekommen. Das teilte der Evangelische Kirchenkreis Naumburg-Zeitz unter Berufung auf die Initiative Stolpersteine für Zeit mit. Am Samstag beteiligten sich demnach bis zu 100 Menschen an einem Rundgang zu den Standorten der gestohlenen Stolpersteine. (epd)

THÜRINGEN

Noch eine Hürde vor Koalitionsverhandlungen

Sieben Wochen nach der Landtagswahl in Thüringen sind die Chancen gestiegen, dass es zu Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, BSW und SPD kommt. Thüringens Sozialdemokraten gaben wie zuvor die CDU den Weg dafür frei. Zudem beschlossen sie eine Mitgliederbefragung, wenn ein Koalitionsvertrag vorliegt, wie SPD-Chef Georg Maier sagte. Das BSW ist laut Landeschefin Katja Wolf ebenfalls zu Koalitionsverhandlungen bereit – eine vorherige Einigung zu den bisher strittigen friedenspolitischen Forderungen der Wagenknecht-Partei vorausgesetzt. Gespräche darüber sind in der ersten Wochenhälfte geplant, hieß es in Erfurt. (dpa)

ONLINE HEUTE

IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 19.10.
Kann es nach Sinwars Tod nun Frieden im Nahen Osten geben?

16,07% – Ja, das wird die Hamas zu Verhandlungen zwingen.

83,93% – Nein, das wird nur zu weiteren Vergeltungsaktionen führen.

Frage heute: Braucht man die touristischen Hinweistafeln an den Autobahnen?

www.suedkurier.de/umfrage

Die SK Online-App
Jetzt kostenlos laden!



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan (l.) verabschiedet Bundeskanzler Olaf Scholz nach dessen Besuch in Istanbul. BILD: IMAGO

Scholz und Erdogan vereinbaren Neuanfang

- Harmonie soll beiden innenpolitisch nützen
- Kanzler stellt Lieferung von Kampfjets in Aussicht

VON SUSANNE GÜSTEN
politik@suedkurier.de

Istanbul – Regelmäßige Regierungsgespräche und „selbstverständlich“ auch Waffenlieferungen: Bundeskanzler Olaf Scholz hat bei seinem Besuch in Istanbul mit dem türkischen Präsident Recep Tayyip Erdogan einen Neuanfang in den Beziehungen nach jahrelangem Dauerstreit vereinbart. Experten sprechen von einer „neuen Harmonie“, die beiden Politikern innenpolitisch nützen soll. Die tiefen Differenzen in ihrer Haltung zum Nahost-Konflikt werden dabei ausgeklammert.

Es war das achte persönliche Treffen von Scholz und Erdogan seit dem Amtsantritt des Kanzlers. Die beiden Politiker kommen in Gesprächen gut miteinander aus, wie es von deutscher Seite hieß. Das war auch bei der Pressekonferenz nach der Unterredung am Samstag in Istanbul zu spüren: Selbst Erdogans Kritik an der Islamfeindlichkeit in Europa, die er bei allen Beratungen mit westlichen Politikern anbringt, fiel relativ sanft aus. Anders als bei früheren Begegnungen spielte die Lage von Menschenrechten und Rechtsstaat in der Türkei diesmal keine Rolle.

Die Bundesregierung will nach den Worten von Scholz in allen Politikfeldern enger mit der Türkei ins Gespräch kommen. So will der Kanzler die deutsch-türkischen Regierungskonsultationen neu beleben, die erst ein einziges Mal stattgefunden haben. Zu den angestrebten intensiveren Kontakten gehören auch Gespräche über den Rüstungssektor. Die Türkei will 40 Eurofighter kaufen, doch Deutschland sträubte sich lange gegen den Export

Eurofighter

Wenn es zu einer Bestellung von 40 Eurofightern durch die Türkei käme, würde dies einen Auftrag von mindestens fünf Milliarden Euro bedeuten. Die 38 Eurofighter des vierten und neuesten Bauloses, die die Bundeswehr erhalten wird, haben ein Volumen von 5,5 Milliarden Euro. Bisher wurden seit 2003 rund 660 Exemplare des Jets ausgeliefert, der von Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien gemeinsam gebaut wird. Andere Besteller sind etwa Österreich und Katar. (mic)

des europäischen Gemeinschaftsproduktes an Ankara. Nun sagte Scholz, Waffenlieferungen an den Nato-Partner seien „selbstverständlich“.

Der beginnende Wahlkampf in Deutschland sei ein wichtiger Faktor bei der Wiederannäherung, sagt die Politologin Ebru Turhan von der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul: „Das Treffen läutet eine neue Harmonie in den Beziehungen ein, die lange gestört waren.“ Scholz und die SPD setzten „zunehmend auf eine harte Migrationspolitik“. Für rasche Abschiebungen „braucht Scholz unbedingt die Kooperation mit der Türkei“. Erdogan dürfte von Scholz „politische und materielle Anreize und Belohnungen im Austausch für Ankaras Kooperation“ verlangt haben, fügte Turhan hinzu.

Auch Erdogan hofft auf innenpolitische Vorteile, sagt der Türkei-Experte Hüseyin Cicek von der Universität Wien. Das in Istanbul genannte Ziel, den deutsch-türkischen Handelsaustausch auf 60 Milliarden Euro im Jahr zu steigern, helfe Erdogan, weil die Wirtschaftskrise für viele Türken das wichtigste Problem sei. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland suggeriere Erdogans Wählern,

dass der Präsident „ausschließlich auf verlässliche Kooperationspartner wie Deutschland“ setze, sagte Cicek.

Um die Gemeinsamkeiten nicht zu gefährden, verzichteten Scholz und Erdogan auf rhetorische Eskalationen. Der türkische Präsident forderte erneut Reisefreiheit für seine Bürger in Europa – Scholz versprach, alles zu tun, dass Visumsanträge aus der Türkei schneller verarbeitet werden können.

Auch beim Streitthema Nahost hielten sich beide zurück. Scholz ging nicht darauf ein, dass Erdogan seinen Völkermordsvorwurf an Israel bekräftigte und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu vorhielt, er wolle den Konflikt in der Region nicht beenden, sondern weiter ausweiten. Der Kanzler verwies auf das Selbstverteidigungsrecht Israels und betonte die gemeinsame Forderung nach einem Waffenstillstand in Gaza.

Das Stillhalte-Abkommen von Kanzler und Präsident beim Thema Nahost ist nach Einschätzung von Turhan nicht viel wert. Meinungsverschiedenheiten gebe es schließlich nicht nur hinsichtlich der Kriege in Gaza und im Libanon, sondern auch bei anderen Themen. Auch Türkei-Experte Cicek sieht Probleme für die „neue Harmonie“ voraus. Erdogan werde von einer engeren Kooperation mit Deutschland und Europa profitieren, „da er dadurch weiterhin militärisch über die Grenzen der Türkei hinaus agieren kann und dabei von seinen europäischen Partnern nur wenig Kritik zu erwarten hat“. Turhan erwartet deshalb, dass die deutsch-türkischen Beziehungen turbulent bleiben werden: „Die Achterbahnfahrt der letzten Jahre wird weitergehen.“

Das lesen Sie zusätzlich online

Nach jahrelanger Pause entstehen hier wieder Eurofighter – ein Blick in die Montagehallen von Airbus: www.sk.de/12192499

LEUTE in der Politik



Schwerdtner und van Aken übernehmen Linken-Spitze

Ines Schwerdtner, 35, Politikwissenschaftlerin und Journalistin, und **Jan van Aken**, 63, Biologe, sind die neuen Vorsitzenden der Linkspartei. Am Samstag wurden die beiden auf dem Bundesparteitag in Halle mit großer Mehrheit gewählt. Das neue Führungsduo übernimmt seine Ämter in einer

schwierigen Lage: Die Linke kassierte auch in Ostdeutschland Wahlniederlagen, in bundesweiten Umfragen hängt sie unter der Fünf-Prozent-Hürde fest. Van Aken betonte eine andere Vermögensverteilung in seiner Rede, Schwerdtner will mit der Partei „Verteidiger des Sozialstaats“ sein. (AFP)

Veränderungen bei Kliniken



Karl Lauterbach, 61, Bundesgesundheitsminister (SPD), hat angekündigt, dass mehrere hundert Krankenhäuser in den kommenden zehn Jahren umgewidmet werden oder nicht mehr alle Leistungen anbieten. „Viele davon“ würden in westdeutschen Großstädten betroffen sein, sagte er der „Bild am Sonntag“. Für diese Kliniken gebe es weder das Personal noch den Bedarf: „Jetzt steht jedes dritte Bett leer.“ Demnach könne die Qualität steigen, wenn die Versorgung mit komplizierten Eingriffen zentralisiert werde. Kliniken auf dem Land, „die wir dringend nötig haben“, sollen Zuschläge für Bereiche bekommen, in denen sie Defizite machten, die es aber überall geben müsse. (KNA)

Für Frauen-Diakonat



Georg Bätzing, 63, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, machte sich auf der katholischen Weltausschuss in Rom dafür stark, Frauen den Zugang zum geweihten Diakonat zu ebnet. Laut Abschrift seines nichtöffentlichen Redebeitrags sagte er: „Wir haben in den letzten Tagen viel über die Notwendigkeit gesprochen, Frauen in besserer Weise als bisher in die Leitung von kirchlichen Gemeinschaften auf allen Ebenen und in die Prozesse von Beratung und Entscheidung einzubeziehen.“ Dies reiche nicht aus. Der Austausch habe gezeigt, dass die Frage der Zulassung zum sakramentalen Diakonat nicht nur in einem kleinen Teil der Weltkirche gestellt werde. (epd)

14 Personen heiliggesprochen



Papst Franziskus, 87, hat gestern zwölf Männer und zwei Frauen heiliggesprochen. Zur weltweiten Verehrung gab er dabei auch den österreichischen Franziskaner Engelbert Kolland (1827-1860) frei. Der Tiroler starb gemeinsam mit sieben weiteren Ordensmännern und drei maronitischen Laien-Christen bei einem antichristlichen Massaker am 10. Juli 1860 in Damaskus. Neben den elf Märtyrern von Damaskus nahm der Papst drei Gründer von katholischen Ordensgemeinschaften in den Heiligenkalender auf: die Kanadierin Marie-Lionie Paradis (1840-1912), die Italienerin Elena Guerra (1835-1914) und den italienischen Priester Giuseppe Allamano (1851-1926). (KNA)